
Krise und Transformation des politischen Systems Griechenlands: Konzeptuelle und forschungsleitende Überlegungen im Anschluss an Wolfgang Streeck

Georgios Terizakis

1 Griechenland – Täter oder Opfer der Krise?

Die europäische Wirtschafts- und Finanzkrise kristallisiert sich in besonderer Weise an dem hier diskutierten Fallbeispiel Griechenlands und bestimmt seit nunmehr über fünf Jahren politische und wirtschaftliche Vorgänge dieses EU-Mitglieds, und je nach diskursivem Kontext ist Griechenland Opfer oder Täter in dieser nicht enden wollenden Erzählung.¹ Besonders zwischen deutscher und griechischer Öffentlichkeit entstand ein gegenseitiges Überbieten an Vorwürfen, Beleidigungen und Verletzungen, vor allem in der Anfangszeit der Krise (vgl. Bickes et al. 2012). Die Unterscheidung zwischen Opfer und Täter in der Krise wurde prägend sowohl für medial-öffentliche als auch für wissenschaftliche Debatten.

Die Opferposition argumentiert im Kern, dass Griechenland, und vor allem seine Regierungen, als kleines EU-Mitglied kaum über Ressourcen und Macht verfügt, um sich im heutigen Spätkapitalismus oder demokratischen Kapitalismus, wie es bei Wolfgang Streeck (2013) heißt, erfolgreich gegen externe Ansprüche zur Wehr zu setzen oder eigene wirtschaftspolitische Steuerungsversuche zu unternehmen. Internationale Finanzströme und deren Akteure können ungehindert die griechische Wirtschaft und Politik vor sich her treiben und sogar auf den Bankrott des Landes wetten. Der Spätkapitalismus hat ein System der Einflussnahme zugelassen, der einzelne Staaten zu Spielbällen internationaler Wirtschaftsakteure degeneriert und ihnen die Souveränität raubt. Die Rettungs-

1 Mein ausdrücklicher Dank geht an Philipp Stolzenberg und Katharina Kleinschnitger für Kommentare und Unterstützung.

versuche der Europäischen Union sind hier systemisch kongruent, denn auch hier wird die griechische Regierung quasikolonial bevormundet und zu Reformen gezwungen, die sie selbst nicht ergriffen hätte. Griechenland wurde zu einem Land der kapitalistischen Peripherie stilisiert – Vergleiche mit Argentinien und anderen Ländern Mittel- und Südamerikas wurden wieder aktuell –, das mehr Solidarität benötige und deshalb die Austeritätspolitik der Troika kritisiert und/oder abgelehnt werden sollte.

Die Täterposition verweist vor allem auf die Versäumnisse der griechischen Regierungen und auf die Missstände im politischen System. Die griechischen Regierungen wurden und werden ob der gefälschten Bilanzzahlen im ersten 2000er-Jahrzehnt als unzuverlässig und betrügerisch eingestuft. Die über Jahre hinweg geduldete Laissez-faire-Politik der geschönten und „kreativen“ Haushaltszahlen ist unter dem Druck finanzmarktpolitischer Veränderungen nicht mehr möglich.² Der Handlungsdruck erhöhte sich in Richtung Politik, die selbstgesetzten Regeln einzuhalten und nicht mehr zu umgehen. Das Besondere an Griechenland sind jedoch die Missstände im politischen System selbst, die gravierender als in den vergleichbaren Krisenländern, die zynischerweise als PIGS bezeichnet werden (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien), bewertet werden. Vor allem die überbordende Verwaltung, die hohe Staatsquote und „the rent-seeking approach“ der griechischen Bevölkerung (Markantonatou 2013) werden in den Vordergrund gestellt. Kaum eine Zeitschrift und Zeitung kommt in den letzten fünf Jahren in Deutschland ohne ein „Griechenland-Spezial“ aus, in dem anhand von Fallbeispielen wie den Problemen im Renten- und Gesundheitssystem oder in der Einwanderungs- und Gewerkschaftspolitik der griechische Patient seziert wird. Die Fülle an journalistischem Material ist nicht mehr überschaubar oder kaum dokumentierbar. Auch die Fülle an neuen Griechenlandexperten ist außergewöhnlich.³ Entsprechend argumentiert diese Position, dass nur eine straffe Austeritätspolitik die nötigen Re-

2 Bezeichnender Weise spricht der ehemalige griechische Finanzminister Christodoulakis in seinem Interview mit dem Handelsblatt davon, dass alles legal war, also im Rahmen des Rechtlichen möglich. Ob es legitim war, ist eine andere Frage, siehe Handelsblatt vom 21.01.2014.

3 Selbst ein kritischer Sozialwissenschaftler wie Oskar Negt verdichtet Reiseeindrücke zu generellen, natürlich ob der Missstände „geschockten“ Einschätzung: „[...] wir hier [in Deutschland, GT] alle viel mehr von Griechenland wissen als die Griechen selbst – also von dem, was wir uns unter Griechenland vorstellen, Wiege der Demokratie und so [...]“, Der Freitag vom 04.01.2013.

formen für das politische System Griechenlands durchsetzen kann und jenes ein Sonderfall von Verschuldungspolitik darstellt.⁴

In diesem Beitrag werden zwar Aspekte beider Positionen beachtet, beide aber als schematisch und nicht zielführend verworfen. Eine kritische Sicht auf die Krisendiskussionen in Griechenland muss vor allem neue analytische Perspektiven eröffnen, die vorhandenes „nomologisches Wissen“ der Sozialwissenschaften (Habermas) sichert und die schon identifizierten Forschungsdesiderate herausstreicht und prononciert. Deshalb wird zunächst die richtungsweisende und scharfe Analyse des Soziologen und Politikwissenschaftlers Wolfgang Streeck in aller Kürze rekonstruiert, um neue Anknüpfungspunkte für die eigene Perspektive zu gewinnen. Interessant ist vor allem der Aspekt der Krisendiskussion: Können wir noch von Krise sprechen, wenn, je nachdem wann angesetzt wird, das sechste Jahr nach Krisenbeginn angebrochen ist? Ist dies nicht vielmehr Zeichen einer grundsätzlichen Transformation, wie Streeck im Kern vermutet? Diese Fragen sollen vor allem im Hinblick auf das politische System in Griechenland besprochen werden und lang- und kurzfristige Transformationen herausgearbeitet werden. Dabei wird konzeptionell-methodologisch ein Wechsel von der leitbildorientierten Position Streecks zu einer vermittlungsorientierten Position vorgenommen, um mögliche, neue Perspektiven zu gewinnen (vgl. Terizakis 2006: 34ff, Nullmeier 1991). Abschließend werden anhand von sechs Hypothesen Perspektiven für die weitere Forschung eröffnet.

Leitend wird die These verfolgt, dass seit der Offenbarung der griechischen Regierung im Oktober 2009 eine massive Transformation des Politischen, des Wirtschaftlichen und des Gesellschaftlichen beobachtet werden kann. Dabei können zwei Perspektiven unterschieden werden, eine systemische und eine lebensweltliche: Zum einen kann eine Verstärkung und Reaktualisierung von Fehlfunktionen des politischen Systems festgestellt werden. Zum anderen ist eine „Kolonisierung der Lebenswelt“ durch neue Imperative zu bemerken: Sparen als Selbstzweck hat die Vorstellungen von Modernisierung, Demokratiesierung und Europäisierung als Selbstzweck überlagert und verdrängt. In dieser Spannung und unter Beachtung des allgemeinen Krisenkontexts als konzeptuell anleitenden Diskursrahmen können neue Perspektiven für die Griechenlandforschung eröffnet werden.

4 Mit Blick auf die kommunale Haushaltslage in Deutschland konnte sich The Economist vom 20.04.2011 die ironische Überschrift „Hundreds of mini-Greeces“ nicht verkneifen.

2 Der Diskurs der Krise bei Wolfgang Streeck

Das Wort „Krise“ bedeutet etymologisch „Entscheidungssituation“; also eine Situation in der Zeit, die viele oder gar alle routinemäßige Abläufe anhält und durch bewusste oder unbewusste Entscheidung zu einer grundsätzlichen Veränderung führt. Bei der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise erhärtet sich der Eindruck, dass das Gegenteil der Fall ist: Seit September 2008 – eventuell schon früher ansetzend – und dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers ist die „Krise“ zum ständigen Begleiter der Politik und der öffentlichen Debatten und damit zum Normalfall geworden. Griechenland wurde im medialen Diskurs zur Chiffre für Probleme, Unsicherheit und Gefahr, die mittlerweile in jedem verwandten inhaltlichen Zusammenhang, wenn es also um Krisen geht, benutzt wird. So konnte der europäische Medienkonsument „von der Couch aus“ erleben, wie aus einem „europäischen Kernland“ innerhalb von zwei Jahren ein „Krisenland“, ein „Entwicklungsland“, wurde. Krise ist also kein Zeitpunkt mehr, sondern ein Dauerzustand des Politischen, Wirtschaftlichen und Gesellschaftlichen geworden (zu den älteren Krisentheorien vgl. Streeck 2013: 10ff, 23ff). Es sind Diskussionsräume geöffnet worden, die vor einigen Jahren noch undenkbar waren, so zum Beispiel, dass über europäische Grenzen hinweg konfliktartig diskutiert wird, oder dass einmal erreichte sozialstaatliche Niveaus deutlich abgesenkt werden können.

In seiner Adorno-Vorlesung aus dem Jahr 2012 thematisiert Wolfgang Streeck eben jene Krise der europäischen Wirtschaft und Finanzen, die auch eine politische Krise ist, unter der Perspektive gekaufter Zeit; also als ein Verschieben des Absterbevorgangs des demokratischen Kapitalismus, wie wir ihn in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kennen. Dabei wird die These von den „Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus“ (Habermas 1973) noch einmal radikalisiert, da der Spätkapitalismus freilich einen gesellschaftlichen Konsens produzierte, der die demokratische Regelungsmacht des Staatsvolkes nicht untergrub. Die heutigen Demokratien hingegen erkaufen sich Zeit, um das Vertrauen des sogenannten Marktvolkes nicht zu verlieren und damit potentiell Kapital zu locken. Legitimation wird durch „demokratische Unterhaltung“ produziert.

Der Beginn dieses Prozesses setzt Streeck bereits an das Ende der 1960er-Jahre, also just zu dem Zeitpunkt, als der gerade geschmiedete Nachkriegskonsens aus sozialer Marktwirtschaft seine Wirkung entfaltet hatte. Schon ältere Krisentheorien Frankfurter Provenienz haben zu diesem Zeitpunkt auf die Spannung zwischen Lebenswelt und Kapitalverwertung hingewiesen (Streeck 2013: 11) sowie auf die daraus erwachsenen Legitimationsprobleme (ebd.: 39ff). Spätestens mit den Ölkrisen sind die westlichen Demokratien, die im Fokus der Streeck'schen Betrachtungen stehen, vor enorme Herausforderungen gestellt und der staatliche

Steuerungsoptimismus ins Wanken geraten. Dabei stehen die Länder in einer Wechselwirkung (ebd.: 13), die ihr wirtschaftliches und finanzielles System prägt. Jedoch hat die aktuelle Krise eine neue Dimension, die es zu entschlüsseln gilt. Die „Zwangsheirat“ (Streeck) aus Kapitalismus und sozialstaatlicher Demokratie steht auf dem Prüfstand. Die Krise neuen Typs besteht, laut Streeck, in dem Zusammenwirken von drei Krisen: der Krise der Staatsfinanzen, einer Bankenkrise und einer Krise der Realökonomie (ebd.: 29). Die Krise der Staatsfinanzen besteht vor allem in einem stetigen Anwachsen der Staatsschulden seit den 1970er-Jahren. Dies kann in allen OECD-Ländern beobachtet werden. Damit sind unmittelbar Auswirkungen auf die Realwirtschaft verbunden: Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit divergieren in der westlichen Welt deutlich. Während einige Länder offensichtlich von der Situation profitieren können, verlieren die europäischen Krisenländer stetig an Leistungsfähigkeit in diesen Bereichen (ebd.: 35). Die Bankenkrise ist der Auslöser der fundamentalen Krisensituation seit 2009. Diese Dreifachkrise fordert die Legitimität der kapitalistischen Produktion in demokratischen Regimen dergestalt heraus, dass sie zentrale gegenseitige Ansprüche von Kapital (Eigentum und Gewinnmaximierung durch dieses) und Lohnarbeit (nichtprekäre Arbeitsverhältnisse und Entlohnung hierfür) herausfordert. Bedeutsam ist dabei, dass diese Balance durch demokratische Wahlen und liberale Verfassungen gerahmt und garantiert wird. Eine hohe Sockelarbeitslosigkeit und zunehmende gewerkschaftliche Desorganisation münden jedoch in höhere Staatsschulden (statt Steuererhöhung), um diesen Konsens zu halten (ebd.: 64f). Aus Steuerstaaten werden Schuldenstaaten.

Die Entwicklung bleibt jedoch nicht auf der sozialen und wirtschaftlichen Ebene isoliert. Auch auf der politischen Ebene sind die Auswirkungen enorm: Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist nur ein Symptom. Eine generelle „*Entmachtung* der Massendemokratie“ wird diagnostiziert (ebd.: 84, kursiv im Original, GT).⁵ Die neu entstandenen Schuldenstaaten „bedienen“ letztlich zwei Völker: das alte Staatsvolk und das neue Marktvolk, welches aus internationalen Gläubigern mit Forderungen gegen den Schuldern auftritt (ebd.: 121). Das neue Volk ist bemüht, „in Gefahr geratene Schuldenstaaten davon abzuhalten, von ihrer Souveränität Gebrauch zu machen und ihre Zahlungen einzustellen“ (ebd.: 135, 221). Es geht also nicht um Rettung der Schuldenländer, sondern „die Portfolios der Gläubiger derselben zu retten“ (ebd.: 136). Solidarität innerhalb der EU-Länder wandelt sich zu einer Strafe, die stärkere Austeritätsmaßnahmen durchsetzt und

5 An späterer Stelle wird Politik von Streeck als „Unterhaltung der Mittelschicht“ bezeichnet, was im Kern auf eine Aushöhlung der Massendemokratie durch Massenmedien hinausläuft (ebd.: 165).

damit Steuer- durch Schuldenpolitik ersetzt und die Spirale der Verschuldung anheizt.⁶ Was auf internationaler Ebene schon in Gang war, hat sich auf europäischer Ebene fortgesetzt. Auch hier ist eine Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht mit einer Befreiung des Drucks von Finanzmarktakteuren gleichzusetzen. Im Gegenteil: Die Voraussetzung für eine Rückführung der Schulden würde dauerhaftes Wachstum erfordern, um die Schulden zu begleichen. Dies ist unter aktuellen Bedingungen der Austeritätspolitik kaum als realistische Perspektive einzustufen. Es bleibt damit nur die Aussicht, dass staatliche Funktionen zurückgefahren werden müssen (ebd.: 176).

„Heute ist das Einzige, was Griechenland von seiner Mitgliedschaft in der Währungsunion mit Sicherheit geblieben ist, ein gegenüber 1995 um fast sechzig Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung gestiegener öffentlicher Schuldenstand“ (ebd.: 182). Dies ist der Ausgangspunkt der Streeck'schen Überlegungen zu Griechenland. Der Vergleich mit der Mezzogiornopolitik in Italien und mit der deutschen Wiedervereinigung stimmt darüber hinaus pessimistisch. Während im ersten Fall der Erfolg mäßig ist, gibt es im zweiten Fall einen „Sponsor“. Die EU hat sich mit ihrem Vorhaben übernommen, „eine[r] Pazifizierung des Mittelmeerraums durch eurokapitalistische Modernisierung“ bei gleichzeitiger „sozialer und politischer Konvergenz durch wirtschaftliches Wachstum“ mit der eigenen Erweiterung und Vertiefung zu verknüpfen (ebd.: 201). Eine Fassadendemokratie (Streeck) übertüncht diese Zusammenhänge, welche Rettungen inszeniert.

Der Ausweg erscheint für Streeck in der stärkeren Kontrollierung der Märkte zu liegen (ebd.: 237). Voraussetzung für einen solchen Souveränitätszugewinn der Staaten ist, dass innerhalb der EU die nationalen Unterschiede wieder stärker beachtet werden müssen (ebd.: 242). Abwertung der nationalen Währungen kann und sollte wieder möglich sein, allein weil dieses Instrument „dem Totalitarismus eines einheitlichen Marktes ein Dorn im Auge“ ist (ebd.: 247). Eine lockere Kopplung der Länder schwebt ihm dabei vor, statt einer Verschmelzung und „*One-size-fits-all-Hybris*“ (ebd.: 251, kursiv im Original, GT).

Die interessante wie furiose Diagnose Streecks ist eine der schärfsten sozialwissenschaftlichen Analysen der aktuellen Krise, bei der sozialwissenschaftliche Einordnungen bislang eher rar geblieben sind. Seine Lesart in der Tradition älterer Krisentheorien unterstellt, dass die aktuelle Krise nicht aktuell, sondern

6 Auf dieses gescheiterte Tauschgeschäft weist auch der Ökonom Rudolf Hinkel hin: Senkung der Staatsausgaben als Voraussetzung für weitere Darlehen, die wiederum nicht automatisch zu mehr Einnahmen führen. Das Gegenteil ist der Fall, bedingt durch eine niedrigere gesamtwirtschaftliche Produktion, welche direkt oder indirekt Folge der Austerität ist, Frankfurter Rundschau vom 07.07.2014.

lediglich eine Verstärkung und Überlagerung der schleichenden Krise des demokratischen Kapitalismus ist. Gerade die am Schluss vorgeschlagene Perspektive, verstärkt auf nationalstaatliche Problemlösungspotentiale zu setzen, ruft jedoch berechtigte Kritik hervor, die auf einen Mangel an transnationalen und europäischen Momenten einer Demokratisierungsperspektive hinweisen (vgl. Habermas 2013). In diesem Zusammenhang soll aber vor allem auf eine andere problematische Dimension hingewiesen werden. Die überzeugende methodologische Makroperspektive verschließt den Blick auf die konkreten Problemfälle, in diesem Fall auf Griechenland. Die Krise macht Griechenland zum „Unterfall“ einer größeren Krise und so werden „Details“ vernachlässigt. Es geht um nicht weniger als die Krise des Nachkriegskonsenses zwischen Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie, die sich seit den 1970er-Jahren in Auflösung befindet und sich zunehmend krisenhaft zuspitzt. Dadurch ist das politische System Griechenlands als Untersuchungsobjekt nicht zentral für die Erkenntnis, welche endogenen Gründe für schwerwiegende Art der Krise und deren Überwindung herangezogen werden müssen. Damit wird kulturalisierenden Ansätzen – mit einer Verengung auf die Schlagworte Klientelismus, Nepotismus, Korruption – oder stark marktorientierten Argumenten (Mangel an Wettbewerbsfähigkeit) als Erklärungen für die Krise im „Fall Griechenlands“ die Tür weit geöffnet (vgl. Offe 2013). Anknüpfungspunkte für die zweite Sorte von Argumenten finden sich in der neomarxistischen Griechenlanddebatte, die bis Mitte der 1990er-Jahre den wissenschaftlichen Diskurs dominierte (vgl. Mouzelis 1978, 1995) und Griechenland als Staat der Semi-peripherie konzeptualisierte, welcher sich zwar folgerichtig seit 1974 demokratisierte, allerdings in einem defizitären, weil den „Westen“ imitierenden Modus. Indes gehen dabei die spezifischen Problemlösungsmöglichkeiten des politischen Griechenlands unter, da hier mit der Erklärung der Entwicklung vom Steuerstaat zum Schuldenstaat (Streeck) oder der staatlichen Semiperipherie (Mouzelis 1978) scheinbar alle Puzzleteile einer Erklärung holistisch, mit Blick „von oben“, bereit liegen und lediglich auf die richtige Zusammenführung oder Operationalisierung warten.

Hingegen kann ein genauerer Blick auf das politische System Griechenlands weiterführende Perspektiven öffnen und einen feingranularen Blick ermöglichen, der die oben skizzierte Krisentheorie der Makroperspektive um eigensinnige Handlungspotentiale auf der Mikro- und Mesebene ergänzt. Dabei wird an die Komposition und Konzeptionalisierung des politischen Systems nach Heinelt (2008: 67ff) angeschlossen. Griechenland soll damit weder als Sonderfall konzeptualisiert werden (vgl. Markantonatou 2013: 27), noch soll auf die vage Hoffnung gesetzt werden, dass eine Veränderung des neoliberalen Elitenkonsenses hin zu einer Demokratisierung, die irgendwie und von irgendwem getragen, schon von-

stattgehen wird. Vielmehr werden mögliche Anknüpfungspunkte und Hinderungsgründe für Veränderungen der jetzigen Situation durch eine politikwissenschaftlich orientierte Analyse angegeben.

3 Das politische System in Griechenland: Merkmale, Genese, Staatsverständnis

Das politische Systems Griechenlands wird in der vergleichenden politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung in den letzten dreißig Jahren nahezu ausschließlich mit europäischen Ländern verglichen. Die Vergleiche zu lateinamerikanischen Ländern oder den ehemaligen Blockfreien gehören der Vergangenheit an, auch wenn im Laufe der ersten Krisenjahre diese Vergleiche eine kleine Renaissance feierten (vgl. Mazower 2013). Trotz des etablierten europäischen Vergleichs kann konstatiert werden, dass das politische System Griechenlands nicht zu zentralen Untersuchungsgegenständen zählt und randständig in der deutschsprachigen Forschung behandelt wird (Egner/Terizakis 2009a: 9). Ein wichtiger Grund hierfür mag in der Sprachbarriere liegen. Entscheidender scheint jedoch zu sein, dass Griechenland als randständig im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Sinne eingestuft wird und kein Erkenntnisgewinn für die Forschung erwartet wird. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ändert die Lage.⁷

Griechenland ist ein zentralistischer Einheitsstaat, dessen Einkammersystem von einer starken Regierungspartei dominiert wird und Konflikte polarisiert, sodass Konflikte konfrontativ ausgetragen werden, was wiederum entweder zu schnellen Entscheidungen oder zu Blockaden führt. Darüber hinaus kann der Politikstil als zentralistisch und paternalistisch beschrieben werden und die politische Kultur als oppositionsorientiert. Der griechische Staat gilt als einer der höchst zentralisierten in Europa mit geringen Kompetenzen auf regionaler und kommunaler Ebene, die als Untereinheit eines hierarchischen politischen Systems fungieren (vgl. Auernheimer/Zervakis 2009, Egner/Terizakis 2009 b, Hlepas/Getimis 2011).

Das politische System wird zu großen Teilen von den politischen Parteien und damit von der Regierungspartei bestimmt, die in der Regel als Einparteienregierung das Parlament dominiert. Nur in Krisenzeiten sind Koalitionsregierungen üblich, so 1989/90 und seit dem Ausbruch der aktuellen Krise. Diese auf Sta-

⁷ So resümieren die Journalisten Gammlin und Löw (2014: 95) die Lage des europäischen Krisenmanagements im März 2012: „Das Zentrum der Krise lässt sich beruhigen“. Sicher ist dies nur ein metaphorisches Bild, lässt aber auf die geänderten Interessenlagen rückschließen, die Griechenland als Krisenzentrum positionieren wollen.

bilität ausgerichtete Politik ist das Ergebnis der historischen Erfahrung mit der Instabilität des politischen Systems, vor allem mit der Obristendiktatur aus den Jahren 1967–1974, da das politische System auf einer Vielzahl heterogener und loser vernetzter Interessengruppen fußt. Diese neue Stabilität wiederum erlaubt den politischen Parteien, entlang ihrer Konfliktlinien und -logiken hochgradig polarisierte und personalisierte Konflikte um symbolische Güter zu führen.⁸ Diese Machtposition der Parteien erlaubt es ihnen, Justiz, Verwaltung⁹ und Verbände¹⁰ zu beeinflussen. Die Zivilgesellschaft und die Medien befinden sich zum Teil in dieser Abhängigkeit, fungieren aber als Kontrollmechanismen und Opposition zur Parteienherrschaft (vgl. Terizakis 2006, 2009, Georgakis 2009). Der staatliche Apparat in Form der Verwaltung ist vor allem in der Krise zum Ziel reformerischer Aktivitäten geworden, aus Gründen, die weiter unten diskutiert werden. Aurnheimer und Zervakis (2009: 835) resümieren mit Hinblick auf die Verwaltung: „Die hochzentralisierte, personell völlig überbesetzte und von den Parteien kontrollierte öffentliche Staatsverwaltung zeichnet sich vor allem durch eine geringe Produktivität (langwierige Verfahren, übertriebene Formalitäten, Kompetenzanhäufungen, Ineffektivität), mangelnde Fachkenntnis und Obstruktion (bewusste Fehlinformation der Minister, Korruption) aus [...]“.

Darüber hinaus besitzt das politische System fünf weitere distinkte Merkmale, die besonders im Vergleich zu den europäischen Partnern, also zu den westlichen spätkapitalistischen Demokratien, herausstechen (vgl. Egner/Terizakis 2009a: 12ff):

1. *Formalismus*: Die Modernisierungstheorie arbeitet dieses Merkmal als entscheidenden Unterschied heraus, welches Griechenland von Westeuropa und

8 Diese distinkte Form des Politischen hat ihre Fundierung in der Entstehung des Nationalstaates, aber auch in der Erfahrung des Bürgerkrieges nach dem Zweiten Weltkrieg. Die transformierte oder zivilisierte Logik des Bürgerkrieges und der Bipolarität wird in den zivilisierten Konflikt überführt.

9 Der Verwaltungsaufbau kennt in Griechenland drei Ebenen, die hierarchisch gegliedert sind: die nationale Ministerialbürokratie, die 13 Regionen und die lokale Ebene mit Stadt- und Landgemeinden. Die beiden Reformprogramme „Kapodistrias“ (1997) und „Kallikratis“ (2010) haben zum Teil drastische Auswirkungen auf die beiden unteren Ebenen gehabt, da erstens die Regionalebene aufgewertet und zweitens die große Anzahl der Stadt- und Landgemeinden radikal auf 325 reduziert wurde. Die Präfekturbene wurde abgeschafft.

10 Die Verbandslandschaft ist sehr vielfältig mit einem Hang zur Fragmentierung, vor allem im gewerkschaftlichen Bereich. Trotz dieser Vielfalt und zum Teil gelingender Einflussnahme im politischen System zeichnen sich die Verbände durch einen Mangel an Professionalität aus (vgl. Terizakis 2009).

den kapitalistischen Produktionszentren unterscheidet (Mouzelis 1978, 1986). Damit ist die Diskrepanz zwischen formaler Politikformulierung und realer Politikgestaltung angesprochen, die prägend ist, trotz institutioneller Innovationen (Terizakis 2006: 126ff) und Europäisierung dieser (vgl. u.a. Ioakimidis 2000). Exemplarisch sei auf das Verfassungsprinzip der Dezentralisierung bzw. der Dekonzentration einerseits und auf den hohen staatlichen Zentralisierungsgrad – der bei 96 % liegt – andererseits verwiesen (Auerheimer/Zervakis 2009: 834). Unabhängigkeit, Professionalität und Expertise der Verwaltung sind eingeschränkt, wodurch Eingriffe durch die Parteipolitik ermöglicht werden.

2. *Klientelismus/Korruption*: In der Forschung herrscht Konsens darüber, dass der Klientelismus ein langlebiges Phänomen des Politischen in Griechenland ist und eine konstitutive Funktion der politischen Teilhabe darstellt (vgl. Charalambis 1989). Er unterliegt einem permanenten Formwandel – z.B. als Massenphänomen in den 1980er- und 1990er-Jahren – und erlebt derzeit eine Renaissance, die der Finanzkrise geschuldet ist, in der individualistische ad-hoc-Lösungen gefunden werden müssen. Die Delegitimierung der politischen Eliten hat dieser Fehlfunktion zu neuer Stärke verholfen und diesen endgültig „demokratisiert“: Jeder Bürger verschafft sich Zugang zu klientelistischen Lösungen, wenn es die Situation erfordert, wobei die unterschiedliche Zugangsmöglichkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nicht außer Acht gelassen werden darf.
3. *Politische Kultur*: Griechenland weist neben den „klassischen“ Konfliktlinien eine spezifische Konfliktlinie innerhalb der politischen Kultur auf. Auf der einen Seite befindet sich die westlich-individuell orientierte Kultur und auf der anderen Seite die lokalistisch-gemeinschaftlich orientierte *Underdog-Kultur* (zuerst Diamandouros 1993). Vor allem mit letzterer wurde der kulturalistische Vorwurf verknüpft, dass Griechenland innerhalb des Westens „aus der Reihe tanzt“ und den vermeintlichen ökonomisch-institutionellen Anschluss aufgrund einem selbsterzeugten Verschulden nicht bewältigen kann.
4. *Demokratischer Seiteneinsteiger*: Klaus Eder (1995) hat diesen Begriff in einem anderen Kontext verwendet, aber dieser ist für das politische System eine adäquate Beschreibung. Die zahlreichen Demokratisierungsversuche über 150 Jahre und das rasche Gelingen nach 1974 lassen keine andere Deutungsmöglichkeiten zu (vgl. Terizakis 2006: 51ff), auch im Vergleich zu den übrigen Transformationen der sogenannten dritten Welle der europäischen Demokratisierungen in der Mitte der 1970er-Jahre.
5. *Postmodernität*: Die hier dargestellte Liste von Merkmalen des politischen Systems erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie verweist jedoch auf das Paradox der Gleichzeitigkeit von „Semiperipherie“ – also einer randstän-

Griechenland im europäischen Kontext

Krise und Krisendiskurse

Agridopoulos, A.; Papagiannopoulos, I. (Hrsg.)

2016, VII, 335 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07239-1